Anlage 1 zur VL-35-2021

Jochen Hillenstedt
Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Herrn Bürgermeister
Christoph Reents

Gemeinderat Wardenburg

Anträge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

Im Namen der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN möchte ich zwei Anträge zur baldmöglichen Beratung in den zuständigen Gremien stellen.

Übertragung von öffentlichen Ratssitzungen im Internet oder anderen Medien

a) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie andere Städte und Gemeinden, welche Ratssitzungen öffentlich übertragen dies mit dem Persönlichkeitsrecht der Ratsmitglieder vereinbart haben.
b) Die Verwaltung prüft juristisch die Unterschiede der verschiedenen Verbreitungswege wie Streaming, Aufzeichnung und anderen technischen Möglichkeiten im Hinblick auf die Wahrung des Persönlichkeitsrechts.
c) Die Verwaltung stellt die Kostenpositionen der der verschiedenen Verbreitungswege dar.
d) Die Verwaltung wird beauftragt, die Schritte zur Änderung der Hauptsatzung darzustellen und einen Text zur Öffnung der Übertragung zur formulieren.
e) Die Verwaltung bereitet eine Entscheidungsvorlage aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse zur Diskussion vor.

Weiter sollte eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung und Fraktionsmitgliedern gebildet werden mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung und Klärung der vielen praktischen Fragestellungen. Z.B.:

- Welche Kamerapositionen soll es geben
- Wird generell von einem Rednerpult aus gesprochen
- Wird der Ratsvorsitzende dauerhaft eingeblendet
- Ist der Name des jeweiligen Redners erkennbar
- Werden Ratssitzungen aufgezeichnet und auf der Gemeinde-Homepage vorgehalten
- Wie werden die Persönlichkeitsrechte der Redner und der Zuschauer gewährleistet und wie wird der Datenschutzgrundverordnung Rechnung getragen
- Und vieles mehr

Begründung

Spätestens während der Corona-Pandemie ist es den Bürgerinnen und Bürgern nicht ohne das Inkaufnehmen eines Ansteckungsrisikos möglich, an den Ratssitzungen teilzunehmen. Ich erinnere an die Ratssitzung vom 4.3.21, bei der die gebotenen Abstandsregeln bestenfalls knapp eingehalten wurden. Die Anmeldepflicht zu den Sitzungen stellt hier eine weitere Hürde für die Öffentlichkeit dar.

Viele Niedersächsische Städte und Gemeinden wie z.B. Oldenburg und Hatten verfügen bereits über ein datenschutzkonformes und Persönlichkeitsrecht wahrendes Konzept.

Wir sollten dafür sorgen, dass die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürgen an den öffentlichen Ratssitzungen so niederschwellig wie möglich gestaltet wird, damit eine größtmögliche Transparenz gewährleistet ist. Durch die heutigen technischen Mittel ist dies nun umsetzbar.

Daher beantragen wir eine transparente Darstellung des bereits bestehenden Vorgehens in anderen Gemeinden und darüber hinaus, einen konkreten Vorschlag zur Umsetzung zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe bewertet die Vorschläge der Verwaltung politisch und unterstützt bei der Formulierung der Umsetzungsvorschläge.